

**Prof. Dr. Ursula Münch**

Akademie für Politische Bildung/Universität der Bundeswehr München

(<https://www.apb-tutzing.de/>)

## **Jubiläum 50 Jahre Bayerischer Elternverband**

### **Festvortrag „Demokraten fallen nicht vom Himmel: Anmerkungen zum Verhältnis Schule und Demokratie“**

(gekürztes Manuskript des Vortrags vom 21. April 2018 in Landshut)

Der Zustand unserer Demokratie bereitet uns nicht erst seit der letzten Bundestagswahl durchaus Sorgen. Gleichzeitig zeigt uns das gerade das Wahlergebnis, dass unser Parteiensystem funktioniert und in der Lage ist, darauf zu reagieren, wenn die Wähler bestimmte Meinungen und Positionen im Parlament vermissen. Dass ein Großteil der nach der Wahl befragten AfD-Wähler angab, mit der eigenen Stimmabgabe Protest ausgedrückt zu haben, legt die Frage nahe: Enttäuschung bzw. Protest worüber bzw. gegen was?

Um diese Fragen jenseits der Tagesaktualität zu beantworten, gehe ich kurz auf einige grundlegende gesellschaftliche und politische Veränderungen und dabei vor allem auf den Strukturwandel der Öffentlichkeit durch die digitale Kommunikation ein. Der zweite Teil meines Vortrags befasst sich dann mit der politischen Bildung.

Dass Demokratie eine voraussetzungsvolle Herrschaftsform ist, darauf verweist zum Beispiel das bekannte „Böckenförde-Diktum“ aus den 1970er Jahren, und es ist auch auf die darin genannten Voraussetzungen zurückzuführen, dass Demokraten eben nicht vom Himmel fallen.

Einer breiten Öffentlichkeit erschließen sich die vielen Vorzüge der Demokratie gerade in Zeiten der digital verursachten Beschleunigung offenbar wenig: Dass in vermeintlich zeitraubenden und umständlichen Prozessen auch die Garantie für den Schutz der Freiheit liegt, erkennen viele nicht.

Wir sind Zeitzeugen eines erstmals in der Geschichte der Demokratie auftretenden Phänomens: Dank der digitalen Kommunikationsformen ist es erstmals möglich, auch ohne den (Um-)Weg über „intermediäre Institutionen“ wie Parteien, Gewerkschaften, Verbände große Teile der Öffentlichkeit direkt anzusprechen und sogar „virale“ Verbreitung für politische Vorhaben zu finden und auf diese Weise politisch zu mobilisieren. Diese neuen Möglichkeiten zur öffentlichen Kommunikation und damit auch zur politischen Mobilisierung ergeben sich zeitgleich mit dramatischen Veränderungen in Politik und Gesellschaft.

Dazu nur fünf Stichworte:

- Die **Digitalisierung** verändert nicht nur den öffentlichen Diskurs, sondern auch die Machtstrukturen.
- Die **Globalisierung** begegnet uns auch in Form der Flüchtlingskrise, die in den westlichen Demokratien eine neue auch das Parteiensystem verändernde „Konfliktlinie“ hervorgebracht hat.
- Die sog. **Repräsentationskrise der Politik** beeinträchtigt das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit nationaler Politik insgesamt.
- Die sog. **intermediären Institutionen** kämpfen angesichts von Mitgliederrückgang und Elitenmisstrauen um ihren Einfluss. Indem ihre filternde und damit mäßigende Wirkung verloren geht, beeinflusst ihr relativer Bedeutungsverlust auch die öffentliche Debatte.

- Die letztgenannte Veränderung trifft zusammen mit den **Wirkweisen der sog. „Sozialen Medien“**: Früher hatten es Populisten deutlich schwerer, ihren Unsinn unter die Leute zu bringen.

Diese Punkte verstärken sich gegenseitig in ihrer Wirkung und führen uns vor Augen, dass auch die Errungenschaften der rechtstaatlich, demokratisch und pluralistisch verfassten Republik keineswegs selbstverständlich sind. Und nachdem die Demokraten eben nicht vom Himmel fallen, müssen wir uns fragen, wie die notwendige Vorsorge für den Erhalt dieser Errungenschaften getroffen werden kann.

Demokratieerziehung und vor allem politische Bildung können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die in Teilen der Bevölkerung wachsende Sehnsucht nach einer absoluten Sicht auf die Welt und nach der den Populismus kennzeichnenden Unterscheidung zwischen Freund und Feind nicht noch mehr überhandnehmen. Zweifelsohne muss Politische Bildung im Sinne von Demokratieerziehung bereits vor der Schule zu beginnen, und die Politische Bildung endet vor allem nicht nach der Schule. Aber die Schule ist ein entscheidender Ort dafür.

Aber eben nur, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Ich nenne nur Mindestanforderungen:

- Angemessene Stundenzahl,
- Fachunterricht ausschließlich durch ausgebildete Fachlehrer.
- Hinzu kommt das sog. Unterrichtsprinzip politische Bildung. Politische Bildung kann und sollte zusätzlich auch fächerübergreifend vermittelt werden. Also nicht als Ersatz, sondern als stimmige Ergänzung des Fachunterrichts durch entsprechend (fort-) gebildete Lehrkräfte.

Entsprechende Vorschläge wie der Fachunterricht und das Unterrichtsprinzip zu gestalten sind, finden sich ganz neu „Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen“; ausgearbeitet am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung ([https://www.isb.bayern.de/download/20417/isb\\_gesamtkonzept\\_fuer\\_die\\_politische\\_bildung\\_interaktiv.pdf](https://www.isb.bayern.de/download/20417/isb_gesamtkonzept_fuer_die_politische_bildung_interaktiv.pdf)). Wer will, dass Politische Bildung an bayerischen Schulen einen höheren Stellenwert erhält, muss dieses neue Gesamtkonzept nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern zu dessen Umsetzung beitragen.

Demokratieerziehung und Politische Bildung beschränken sich nicht auf das Unterrichtsprinzip und den Unterricht in den Leitfächern, sondern können – und zwar mit weniger Aufwand als häufig unterstellt – auch im „Erfahrungsraum Schule“ stattfinden. So kann man etwa bereits die Klärung, welche Partizipationsmöglichkeiten und welche wirksamen Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten gewünscht oder gefordert werden einerseits und welche als möglich erscheinen andererseits in einer Weise gestalten, dass wichtige Prinzipien der Willens- und Entscheidungsbildung erkennbar sind. Allein schon eine solche Befragung, welche Themen und Formen innerschulischer Partizipation von den verschiedenen an der Schule Tätigen gewünscht und für sinnvoll gehalten werden, würde vermutlich zeigen, dass die Bewertungen je nach Rolle/Funktion höchst unterschiedlich ausfallen. Und es würde sich zeigen, dass auch der Wunsch nach Beteiligung höchst unterschiedlich ausfällt.

Dies allein würde bereits interessante Einblicke bringen. Und diese Erkenntnis könnte dann auch die Grundlage dafür sein, sich innerhalb einer Schule darauf zu einigen, wo die Schüler tatsächlich mehr einbezogen werden könnten.

Die Stichworte lauten:

- Mitsprache bei der Stoffauswahl,
- Gestaltung von Zeitorganisation

- Gestaltung von Klassenräumen und des Schulgebäudes,
- Umgangsregeln nicht nur das Verhältnis Lehrer – Schüler betreffend,
- sondern auch das Verhältnis Eltern – Lehrer – Schüler betreffend.

Ein anderes Beispiel ist die Mitgestaltung von Unterrichtseinheiten: Auch hier genügen „kleine“ Maßnahmen, um beachtliche Impulse für die Demokratieerziehung zu bewirken: Zum Beispiel indem man über die Auswahl der Klassenlektüre oder das Thema von Projekten oder das Ziel, von Wandertagen etc. nicht nur einfach abstimmen lässt, sondern den Entscheidungsprozess und die Konfliktschlichtung in den Blick nimmt. Dann sind ganz andere Aspekte als das Ergebnis der Abstimmung aufschlussreich:

- Es lassen sich die normativen Grundlagen klären (warum kommen manche Wunsch-Ziele eines Wandertags nicht infrage)
- Vorbereitung der Entscheidung,
- Fürsprecher und Gegensprecher mit der Darstellung von Vor- und Nachteilen,
- Einbau möglicher Manipulationsversuche des Entscheidungsprozesses,
- Vorbereitung der Abstimmung und Klärung des Abstimmungsprozedere,
- mediale Darstellung des Prozesses

Eine solches Vorgehen und die Einbeziehung der Schüler vermittelt diesen, warum Menschen unterschiedliche Positionen und Meinungen haben und sie bringen zum Ausdruck, dass die Schüler kompetent sind, aktiv mitzuwirken und dass die Schulleitungen/Lehrer ihnen diese Kompetenz zurechnen.

Partizipationsfreie Schulen gehen von einem Kompetenzmangel der Schüler aus – sie betonen auch jenseits des eigentlichen Unterrichts das Mangelbehaftete. Partizipationsorientierung unterstellt bereits Kompetenzen, mindestens die Kompetenz zur Beteiligung. Partizipationsfreie Schulen werden ausschließlich ‚von oben‘ gesteuert. Schüler werden damit sowohl mit Blick auf das Lernen als auch als Mitglieder der Schule immer nur zum Objekt. Partizipationsorientierung setzt auf ein sinnvolles Maß an Selbst- und Mitbestimmung, das auch Teile des Lernens einbeziehen kann.

Unabhängig von diesen Empfehlungen erscheint mir wichtig, dass Politische Bildung mehr sein muss als die Wissensvermittlung auf der kognitiven Ebene. Die unerlässliche Vermittlung von Orientierungs- und Strukturwissen muss sich mit weiteren grundlegenden Aspekten verbinden:

- Wir haben zwar eine Verfassung mit einer starken Betonung der individuellen Grundrechte, aber gleichzeitig ist das Individuum eben auch Teil einer Gemeinschaft (Bedeutung von Minderheitenschutz).
- Der Einzelne hat zu akzeptieren, dass es in einer liberalen Demokratie und in einer offenen Gesellschaft zwangsläufig unterschiedliche Interessen gibt und geben muss. Zumindest unter den Bedingungen analoger Kommunikation ist es erforderlich, Interessen zu identifizieren und sie zu aggregieren, um überhaupt Gehör zu finden.
- Und auf einer anderen Ebene gehört mehr denn je ein Verständnis für die fundamentalen Veränderungen unserer Gesellschaft angesichts ihrer digitalen Transformation dazu: Schließlich sind wir alle Zeitzeugen für die Bildung ganz neuer Monopole – und damit

von Strukturen, mit denen die künftigen Generationen leben müssen, wenn wir es nicht schaffen, sie zu regulieren.

Das Ziel Politischer Bildung besteht vor allem darin, Grundlagen für eine eigenständige Urteilsfähigkeit zu schaffen, v.a. durch Struktur- und Orientierungswissen. Diese eigenständige Urteilsfähigkeit ist angesichts der Veränderungen des öffentlichen Diskurses durch die digitale Kommunikation sowie des Bedeutungsverlusts der intermediären Institutionen wichtiger denn je. Aber Politische Bildung ist nicht nur die Aufgabe der Schulen und der Lehrer, sondern auch der Elternhäuser. Die Eltern spielen gerade als Vorbilder eine zentrale Rolle im Bereich der politischen Bildung: Eltern übernehmen als Elternbeiräte Verantwortung und stellen als Repräsentanten anderen Eltern ihre Zeit zur Verfügung. Eltern vermitteln ihren Kindern Respekt und Toleranz und zwar nicht nur Respekt und Toleranz vor anderen Menschen – das ist ohnehin selbstverständlich.

Zur Vorbildrolle gehört auch die Art und Weise, wie man zu Hause über die Schule spricht und wie schnell man bereit ist, Lehrkräften die professionelle Kompetenz deshalb abzusprechen, weil diese womöglich die Einschätzung von der vermeintlichen Hochbegabung des eigenen Nachwuchses nicht teilen. Wenn wir unseren Kindern immer nur vermitteln, dass wir selbst die Allerklügsten, die anderen aber im Zweifelsfalls nur Deppen sind, dann vermitteln wir ihnen das falsche Bild vom Miteinander, vom Respekt und von der Anerkennung des professionellen Tuns anderer. Ähnliches gilt für die Anerkennung von Verfahren und Zuständigkeiten: Wir tun Kindern und Jugendlichen keinen Gefallen, wenn wir ihnen das Gefühl vermitteln, dass Regeln vor allem für die anderen gelten. Und wir tun auch unserer Demokratie und Gesellschaft keinen Gefallen.

Urteilkraft und Engagement sind wichtig. Gleichzeitig sollten wir den Fehlschluss vermeiden, dass mehr Engagement per se besser und per se auch mehr Demokratie bedeute. Nach meiner Einschätzung bewährt sich aber auch hier das Gebot der Mäßigung. Die „Addition von einzelnen Selbstorganisationen“ (Franz Walter) führt nicht automatisch zu mehr Gemeinwohl, sondern mündet womöglich in eine „tribalistische“, konfrontative und womöglich antagonistisch gespaltene Gesellschaft (Franz Walter). Das heißt: Bei aller Freude an engagierten Bürgern, sollten wir meines Erachtens im Blick behalten, dass Engagement kein Selbstzweck sein darf und sich die demokratische Qualität eines politischen Systems nicht nach der Engagementquote bemisst.

Zum Abschluss nochmals die Kernfrage: Warum ist die politische Bildung so wichtig?

Weil die größte Gefahr für Demokratie und Pluralismus nicht ihre Gegner sind, sondern die Gleichgültigkeit ihrer Anhänger. Und weil es unsere Aufgabe ist, den nachwachsenden Generationen zu vermitteln, dass der freiheitliche und demokratische Staat von Voraussetzungen lebt, allen voran von der unauflösbaren Verbindung von Freiheit und Verantwortung und von der Erkenntnis, dass der Staat nicht Dienstleister für unsere Ansprüche ist.